

Niederschrift Nr. 8/2007 über die Sitzung des Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 17. September 2007, um 15:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

Beigeordneter Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Sabine Gastmann (fehlte entschuldigt)

Mitglieder CDU-Fraktion:

Vorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Beigeordneter Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

2. Bürgermeister Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Tholen:

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Dezernenten:

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Verwaltung:

Prokurist Gernot Beutner (WFG)
Mitarbeiter Herr Leonhardt (WFG)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)
Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Mitarbeiterin Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der Tagesordnung
- 2 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 EU-Förderperiode 2007 bis 2013; Beantragung eines Regionalisierten Teilbudgets sowie Erlass einer kommunalen KMU-Förderrichtlinie
- 5 Mitteilungen und Anfragen:

1 Feststellung der Tagesordnung:

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

2 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 16.07.2007 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat:

4.1 EU-Förderperiode 2007 bis 2013; Beantragung eines Regionalisierten Teilbudgets sowie Erlass einer kommunalen KMU-Förderrichtlinie

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman signalisierte für seine Fraktion grundsätzliche Zustimmung. Nicht eindeutig geklärt sei für ihn jedoch die Förderfähigkeit von Lohnkosten nach dem vorliegenden Entwurf der Richtlinie.

Herr Beutner erläuterte, förderfähig seien alle Tätigkeiten die in Zusammenhang mit der Schaffung von Arbeitsplätzen stünden. Lohnkosten wären in diesen Fällen ebenfalls förderfähig.

Herr Biehl bat um eine kurze Ergänzung im Entwurf der Richtlinie um die Förderfähigkeit auch von Lohnkosten deutlich zu machen. **Herr Beutner** sagte dies zu.

Auf die Frage von **Herrn Prof. Reuter**, ob die notwendigen Summen im Haushalt 2008 enthalten seien, entgegnete **Stadtkämmerer Hoff**, die Summen seien im Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2008 aufgenommen worden, nicht jedoch für das Haushaltsjahr 2007.

Frau Bauermeister wies auf die in der Beschlussvorlage angekündigte erneute Vorlage der Förderrichtlinie hin, sollte es zu maßgeblichen Änderungen der Rahmenbedingungen kommen. Anschließend formulierte sie die Frage um welche Rahmenbedingungen es sich dabei handeln könne.

Herr Beutner beantwortete die Frage dahingehend, dass es nur bei wesentlichen Änderungen zu einer erneuten Vorlage käme, keinesfalls bei lediglich redaktionellen Änderungen.

Herr Neumann unterstrich, bei der vorliegenden Beschlussvorlage gehe es im Kern um die wirtschaftliche Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen. Es bestünde die Chance, in der anstehenden Förderperiode 2007 bis 2013 2,5 Mio. € als Zuschuss für ortsansässige Unternehmen zu erhalten. Aus diesem Grunde würde seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen.

Abschließend bat **Oberbürgermeister Menzel** den Ausschuss um Zustimmung zur Beschlussvorlage und schlug die Vorstellung der Vorgehensweise und Arbeitsschritte beispielhaft anhand eines konkreten Förderantrags in einer der kommenden Sitzungen vor. Der Vorschlag fand breite Zustimmung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei zwei Enthaltungen)

Auf der Grundlage der bislang vorliegenden Informationen und Unterlagen wird für die Stadt Wilhelmshaven im Rahmen der EU-Förderperiode 2007-2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ein Regionalisiertes Teilbudget bei der NBank beantragt. Die hierzu benötigten kommunalen Komplementärmittel werden für die Förderperiode zur Verfügung gestellt.

Unter der Voraussetzung der Bewilligung des Regionalisierten Teilbudgets wird unter dem EFRE-Förderschwerpunkt S1 zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein kommunales KMU-Förderprogramm aufgelegt. Dem beigefügten Entwurf der kommunalen KMU-Förderrichtlinie für die Stadt Wilhelmshaven (Anlage 1) sowie dem Scoringsystem (Anlage 2) wird zugestimmt. Die zur Abwicklung des kommunalen Förderprogramms benötigten personellen Ressourcen werden ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Sollten sich maßgebliche Rahmenbedingungen für das Regionalisierte Teilbudget oder die kommunale KMU-Förderrichtlinie ändern, so ist die Angelegenheit erneut zur Beratung vorzulegen

Der Entwurf der Förderrichtlinie sowie das Scoringsystem sind als Anlagen zum Originalprotokoll Bestandteil der Niederschrift.

Folgender ergänzender Beschluss wurde gefasst:

A) Zum Beschlussvorschlag:

Nach Vorlage des Bewilligungsbescheides des Landes wird dieser mit der genehmigten KMU-Richtlinie dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus zur Kenntnis vorgelegt.

B) Zur KMU- Förderrichtlinie:

2.1 neu: Folgende Investitionsvorhaben können mit sachkapital- oder mit lohnkostenbezogenen Zuschüssen gefördert werden:

5. Mitteilungen und Anfragen:

Haushaltsentwicklung:

Stadtkämmerer Hoff informierte den Ausschuss über die aktuelle positive Entwicklung der städtischen Steuererträge anhand einer Folienpräsentation (**siehe Anlage**). Er warnte jedoch eindringlich davor, die veränderten Rahmenbedingungen als Anlass zu neuen kostenintensiven Maßnahmen zu nehmen. Jede Verschlechterung im Haushalt bringe die Gefahr eines erneuten Haushaltssicherungskonzeptes zurück.

Herr Dr. von Teichman begrüßte die aktuelle Entwicklung, mahnte jedoch ebenfalls an, dies wäre nicht der Zeitpunkt „zum Geld ausgeben“. In diesem Zusammenhang wies **Herr Prof. Reuter** auf die noch vorhandenen Schulden der Stadt hin. Diese müssten zunächst zurückgezahlt werden. Auch weiterhin sei eine maßvolle Finanzpolitik vonnöten.

Herr Neumann wies darauf hin, eine maßvolle Finanzpolitik sei durch seine Fraktion in der Vergangenheit immer gemacht worden. Zu beachten sei, dass erst mit den jüngsten Entwicklungen das Gewerbesteueraufkommen der Stadt wieder an das der 70er Jahre heranreiche. Beim letzten Haushaltssicherungskonzept habe es sich aus seiner Sicht jedenfalls nicht um nachhaltige Haushaltskonsolidierung sondern vielmehr lediglich um „Rausstreichungen“ gehandelt.

Finanzierungsmodell Schulzentrum Rheinstraße:

Herr Neumann informierte darüber, seine Fraktion stelle Überlegungen an, ob auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen nicht eine Alternative zum vom Rat beschlossenen Finanzierungsmodell Schulzentrum Rheinstraße denkbar sei. Aus seiner Sicht sei es möglich, einen Betrag von insgesamt 2 Mio. € einzusparen.

Hierzu machte **Herr Hoff** folgende Ausführungen:

1. Es besteht ein für die Verwaltung verbindlicher Ratsbeschluss.
2. Zum Zeitpunkt des Ratsbeschlusses war keinerlei freie Finanzspitze vorhanden.
3. Ein sofortiger Ankauf des Gebäudes durch die Stadt wäre nur über Kredite zu finanzieren gewesen.
4. Die Aufnahme von Krediten wäre vom Niedersächsischen Innenministerium nicht genehmigt worden.
5. Bei einem Umbau der Schule durch die Stadt wäre der Fertigstellungstermin 01.08.2008, aufgrund des für die Verwaltung vorgeschriebenen Ausschreibungsverfahrens, nicht einzuhalten.
6. Mittlerweile seien bindende Verträge abgeschlossen worden.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Glaser, Frau Bauermeister** sowie die **Herren Neumann, Adam, von Teichman, Weerda und Biehl**.

Abschließend bat **Herr Biehl** die Verwaltung noch einmal zu prüfen ob eine kostengünstige Alternative denkbar, möglich und umsetzbar sei. **Herr Hoff** sagte dies zu.

Bahngelände:

Herr Schmidt lobte die öffentliche Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur angestrebten Elektrifizierung der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Sande.

Oberbürgermeister Menzel verdeutliche, die Angelegenheit könne nur erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, sofern der nötige politische Druck aufgebaut werde. Aus diesem Grunde habe er ein entsprechendes Schreiben an den Niedersächsischen Wirtschaftsminister, Herr Hirche, gerichtet.

Nach Auffassung von **Herrn Dr. von Teichman** könne eine baldige Elektrifizierung der Bahnstrecke nur erreicht werden, sofern es gelänge eine Wirtschaftlichkeit der Strecke zu erzielen. Nur in diesem Falle lohne sich die Investition für die Bahn. Aus diesem Grunde rief er dazu auf, den privaten PKW öfters mal stehen zu lassen und die Bahn zu nutzen.

Abschließend informierte **Herr Menzel** über erkennbare Fortschritte in Sachen „Sauberkeit“ auf dem Bahngelände. Künftig soll es regelmäßige Aufräumtrupps der Bahn geben. Die Stadt beteilige sich daran.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 16:40 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer